№ 273
B 134
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 10. Juni 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m Ausn d Handelsteils): Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 8600—5663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686—8695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Kampf gegen die Auslandsreisegebühren.

Ein demokratischer Antrag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat soeben einen Antrag auf Beseitigung der Auslandsreiseverordnung im Reichstag eingebracht. Zur Begründung sendet uns Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Walter Goetz die folgenden Ausführungen:

Die Verordnung vom 4. April 1924, betreffend Erhebung einer Gebühr von 500 M. für Auslandsreisen, hat trotz den nachfolgenden mildernden Ausführungsbestimmungen viel böses Blut gemacht. Niemand wird der Reichsregierung das Recht bestreiten, Auslandsreisen für eine Weile zu verbieten, wenn dadurch wirkliche Schäden abgestellt werden müßten. In der Tat war es ein Aergernis, daß Deutsche im Auslande schlemmten, während zu gleicher Zeit im Auslande für hungernde deutsche Kinder gesammelt wurde. Wer freilich den Klagen über deutsches Prassen in der Schweiz oder in Italien — denn andere Länder kamen dafür bisher nicht in Frage — nachging, an Ort und Stelle Erkundigungen einzog, konnte feststellen, daß es doch nur relativ wenige Deutsche waren, die zu Klagen Anlaß gaben — man müßte denn überhaupt daran Anstoß nehmen, daß Deutsche in diesen Zeiten zu ihrem Vergnügen ins Ausland reisen. Wollte die deutsche Regierung vor der Welt und vor dem eigenen Volke ein moralisches Werk tun und das Aergernis abstellen, so gab es nur ein Mittel: Verbot aller Auslandsreisen, von dringenden Fällen abgesehen. Es war aber ein unverzeihlicher Fehler der Regierung, daß sie zwar die Auslandsreisen verbot, aber sie zu gleicher Zeit allen zahlkräftigen Kriegsgewinnern für 500 M. gestattete. Die moralische Tat wurde dadurch unmoralisch — für eine Gebühr von 500 M. konnte man weiterhin Deutschland im Ausland bloßstellen! Denn daß diejenigen, die 500 M. zahlen können, nicht die Vorkämpfer deutscher Schlichtheit und Ehrbarkeit im Ausland sein werden, konnte man doch wohl im Reichsfinanzministerium wissen. Sollten die Väter dieser Verordnung aber gezaubert haben, mit der moralischen Tat einen kleinen Fiskalismus verbinden zu können, neben dem Ruhm der guten Tat auch noch einige Millionen für den notleidenden Staat herauszuschlagen, so haben sie sicherlich falsch gerechnet, denn man wird notwendig dann die Moral für das Mäntelchen, den fiskalischen Zweck aber für den Kern der Sache ansehen, und so bleibt zuletzt ein übles Spiel mit moralischen Gesichtspunkten übrig. Denn nichts ist häßlicher als Verkauf der Moral um 500 Goldmark. Nichts ist anstößiger als diese Bevorzugung der Reichen von übler Herkunft. Vielleicht hätte niemand Einspruch erhoben, wenn alle Auslandsreisen verboten worden wären, und eine solche Verschärfung der Maßregel hätte auch jetzt noch ein besseres Gesicht als der jetzige Zustand.

Aber führen diese ewigen Bürokratismen, Verbote und Maßregelungen überhaupt zu den erwünschten Folgen? Tausende und Abertausende werden zwecklos verärgert, obwohl die Republik nun doch lieber einmal beginnen sollte, sich Freunde im Lande zu erwerben. Neben der nicht allzu großen Zahl der sog. Schieber waren es vielleicht gerade die besten Kreise unseres Landes, die sich sehnten, nach zehnjähriger Pause Italien wiederzusehen — Leute, die seit dem Aufhören der Inflation gespart und gespart hatten, um einer tief eingebornen Sehnsucht nach Italien wieder nachzugehen, hunderttausende Beziehungen mit italienischen Freunden wiederzuanknüpfen und damit auch die deutsch-italienischen Beziehungen wieder mit aufzubauen. Aber wollte man verhindern, daß auch die guten Elemente ihre meist sehr bescheidenen Summen ins Ausland trugen, so ließ sich ein zeitweiliges vollständiges Verbot rechtfertigen. Man vergesse aber dabei nicht, was diese Auslandsreisen außerdem bedeuten: sie geben den meisten zum ersten Male wieder einen Maßstab für Deutschland und die Welt — einen Maßstab, dessen unser Volk dringend bedarf — wirken aber auch für die meisten unendlich erfrischend und entrebend: wie Gesangene kamen sie ja aus dem langen Gefängnis heraus, spürten Weltenluft und kehrten mit neugestärkten Kräften und neuer Hoffnung für Deutschland zurück. Massenhaft sind Studenten mit den beschaidensten Mitteln durch Italien gewandert; jetzt ist ihnen diese so wertvolle Möglichkeit der Horizonterweiterung, des Abstreifens deutscher Enge bis auf weiteres genommen.

Aber das Geld soll im Lande bleiben. Die Folge dieser nützlichen Maßregel war, daß in allen deutschen Kurorten die Preise sofort stiegen, sobald man den ausländischen Wettbewerb mit Regierungshilfe losgeworden war. Gewissermaßen Schutzzoll für deutsche Sommerfrischen! Darin zeigt sich das Zweiseitige jeder derartigen Maßregel — mit Verordnungen solcher Art wird stets ebensowiel Nutzen wie Schaden geschaffen. Sollte man nicht endlich gelernt haben, daß alle Polizeigewalt ihre natürlichen Grenzen hat und daß man die Menschen auf solche Weise nicht zum Guten erzieht? Wer Deutschland vor der Welt anklagen will, braucht ja nur das Leben deutscher Großstädte zu schildern — er erreicht dieselbe Wirkung, als wenn er in Pariser Zeitungen von deutschen Italien-Reisenden berichtet. Millionen oder Milliarden von Apfelsinen und Bananen dürfen ruhig ins Land, aber der deutsche Reisende soll verhindert werden, Geld ins Ausland zu tragen! Die demokratische Reichstagsfraktion hat die Aufhebung der ganzen Verordnung beantragt. Die Regierung sollte es sich doch ernstlich überlegen, ob sie die Verordnung noch länger aufrechterhalten will. Sie wird das deutsche reisende Publikum noch mehr verärgern, wenn es man aus „moralischen Gründen" den Preistreibereien der eigenen Landsleute preisgegeben wird. Oder wenn sich Menschen, deren Zeit schon reichlich genug besetzt ist, wenn sie aus unanfechtbaren Gründen ins Ausland reisen müssen, nun stundenlang auf den Finanzämtern bemühen müssen, um eine geradezu selbstverständliche Ausreise-Erlaubnis nach dem peinlichsten Verhör zu erhalten, so gibt auch das Anlaß zu immer neuen Klagen und Verstimmungen.

Und wenn wir, wie es doch richtig ist, bei unseren Maßnahmen auch stets an Deutschösterreich denken sollen, so sei doch bedacht, daß wir die österreichischen, und nur allein die seit Jahren schwer leidenden Tiroler Sommerfrischen der völligen Kahlfellung überliefern, wenn wir ihnen die deutschen Gäste entziehen. Und wieviel Alpenvereinshütten leben ausschließlich von den reichsdeutschen Gästen! In alle diese Kreise in Deutschland und in Oesterreich wird unnötige Erbitterung hineingetragen.

Aller Föderalismus (auch wenn er sich moralisch gebärdet!) und alle Bürokratie schlagen zuletzt den eigenen Herrn. Es wäre wohl sicherlich großzügiger und wirksamer zugunsten der deutschen Republik, wenn man die Verordnung ganz fallen ließe, anstatt sie, wie es sonst notwendig wäre, zu einem vollständigen Verbot zu erweitern. Was dabei herauskäme, ist wirklich des Aergers nicht wert, den sie im Inland und im Ausland hervorgerufen hat.

Prof. Dr. Walter Goetz.

Die englische Gewerkschaftskrise.

Von
Dr. W. H. Edwards,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 6. Juni.

Die englische Gewerkschaftspresse versucht den wilden Streik der Elektrizitätsarbeiter der Londoner Untergrundbahnen und der Werkstättenarbeiter der Westbahn, die den Betrieb einer Anzahl von Untergrundbahnen führt, mit dem billigen Schlagwort von der „kommunistischen Hetze" abzumachen. Kaum hatte sich die Arbeiterpresse diese bequeme Formel zurechtgelegt, da wurde sie bereits durch eine neue Aktion einer in sich geschlossenen Gewerkschaft, die von einer bestrittenen Streikdrohung begleitet war, schlagend widerlegt. Das wilde Streikkomitee der Elektrizitäts- und Werkstättenarbeiter der Westbahn weist mit Entrüstung die Behauptung zurück, es stände unter kommunistischem Einfluß. Dieses Abschütteln des Kommunismus mag etwas stärker klingen, als es gemeint ist, der eifrigste Kommunistenrecher wird aber kaum in der Tat sagen, sie behaupten, die englische Lokomotivführergewerkschaft, die ungefähr 50 000 der an höchsten bezahlten organisierten Gewerkschaftler umfaßt und deren Führer Bromley es wegen seiner linksliberalen Gesinnung stets ablehnt, mit der „sozialistischen" Arbeiterpartei identifiziert zu werden, könnte auch nur dem geringsten kommunistischen Einfluß unterstehen. Und doch hat diese Gewerkschaft genau nach dem Beispiel des wilden Streikkomitees ohne vorhergehende Verhandlungen gestern ein von ihren Führern mit den Eisenbahndirektoren abgeschlossenes Lohnabkommen kurzerhand aufgesagt, beziehungsweise mit befristeter Streikdrohung die Abänderung dieses Abkommens verlangt. Unmittelbar darauf hielt sich der Vorstand in Anbetracht der Tatsache, daß die Eisenbahngesellschaften „nur unbefriedigend" antworten können, ermächtigen, für den fast als gewiß zu bezeichnenden Fall einer solchen Antwort eine Streikabstimmung vorzunehmen.

Die Neigung kleiner, aber für das betreffende Gesamtgewerbe lebenswichtiger Gruppen der Arbeiter oder Angestellten, gegen Wunsch und Rat der maßgeblichen Gewerkschaft einen Streik vom Zaun zu brechen, ist das Ergebnis zusammenwirkender politischer und wirtschaftlicher Faktoren. Ehrliche Freunde der Arbeiterpartei haben ihr im vorigen Winter, als sie sich so eifrig zur Macht drängte, wiederholt auseinandersetzen versucht, daß die Uebernahme der Regierung gleichbedeutend sein würde mit einer Schwächung der englischen Gewerkschaftsbewegung. Um diese etwas paradox klingende Behauptung zu belegen, ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die große englische Arbeiterpartei, soweit sie eine Organisation und eine Schule für Politiker und Administratoren gewesen ist, das Werk der englischen Gewerkschaftsbürokratie war. Die „Unabhängige Arbeiterpartei", die Gruppe der mit dem Sozialismus etwas kokettierenden radikalen Intellektuellen, hat der Gesamtpartei zwar einige bedeutende Köpfe, wie Macdonald und Snowden, beschert, aber sie war nicht imstande, das Personal für ein Kabinett von fünfzig Köpfen zu liefern, in dem mindestens fünfundvierzig Mitglieder Routinearbeit der laufenden Verwaltung zu leisten hatten, während es einem knappen halben Dutzend, darunter vor allem dem Premierminister, dem Schatzkanzler und dem Minister für Volkswohlfahrt, überlassen blieb, durch eigene Ideen und eine persönliche Note in der von ihnen vertretenen Politik schöpferisch zu wirken. Die restlichen fünfundvierzig Techniker der politischen Routine sind etwa zu einem Drittel den 1918 zur Arbeiterpartei übergegangenen unzufriedenen Liberalen entnommen worden. Zu ihnen gehören der Luftminister Thomson, der Unterstaatssekretär im Foreign Office Ponsonby, der Landwirtschaftsminister Buxton, der Kultusminister Trevelyan, der Lordkanzler Haldane und der Generalanwalt Patrick Hastings. Die weiteren dreißig Minister und Unterstaatssekretäre sind aus den Gewerkschaftsvorständen herausgezogen worden. Shaw, der Führer der Textilarbeiter, wurde Arbeitsminister, Margaret Bondfield, die langjährige Führerin der weiblichen Angestelltenorganisationen, wurde Unterstaatssekretär in demselben Ministerium, der Führer der Eisenbahner Thomas wurde Kolonialminister, der Organisator der Arbeiterpartei Henderson übernahm das Innenministerium, und die drei Bergarbeiterführer Hodges, Adamson und Walsh wurden als Erster Zivilord der Admiralität, Minister für Schottland und Kriegsminister. Auch die Führer zweiten Ranges wurden den Gewerkschaften entzogen, um Unterstaatssekretariate und Aemter bei Hofe zu übernehmen.

Damit fiel die Führung der Gewerkschaften Größen dritten Ranges zu, die nicht nur ungeeignet waren, in einer für die englische Arbeiterbewegung so überaus kritischen Lage Millionen-Gewerkschaften zu führen, sondern die aus einem ihnen zweifellos völlig unbewußten „Minderwertigkeitskomplex" heraus krampfhaft bemüht waren und sind, jede Einflußnahme der großen Führer, die ins Kabinett übergegangen sind, auszuschalten. Diese kleinen Größen, die vor

Die heutige Kammersitzung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 10. Juni.

In der heutigen Kammersitzung kommt die Botschaft des Präsidenten Millerand zur Verlesung, in der er sich als Hüter der Verfassung hinstellt. Die Taktik, die demgegenüber von der Mehrheit eingeschlagen werden soll, wurde heute vormittag in einer Gesamtsitzung der drei Gruppen der Linken erörtert, an der auch Vertreter der linken Senatsmehrheit teilnahmen.

Die Rechtsparteien haben durch Reibel eine Interpellation eingebracht. Gleichzeitig haben aber auch die Gruppen der Mehrheit Interpellationen vorbereitet. Trotzdem scheint die Taktik der Linken dahin zu gehen, das Millerand-Kabinett Marsal ohne Diskussion zu stürzen. Trotz aller möglichen Manöver glaubt die Linke, daß sich die Ereignisse programmäßig folgendermaßen abwickeln werden.

Heute Verlesung der Botschaft des Präsidenten durch François Marsal in der Kammer und Natier im Senat.

Morgen Verlesung der Demissionsbotschaft Millerands durch Doumergue und Painlevé.

Uebermorgen Vollsitzung der Linken.

Freitag Wahl des neuen Präsidenten der Republik und Uebergabe der Vollmachten.

Sonnabend Bildung des Kabinetts Herriot.

Sonntag Ruhepause.

Montag Bekanntgabe der Ministererklärung.

Die in dem Programm erwähnte Sitzung der Linken würde den Zweck haben, eine Klärung über den gemeinsamen Kandidaten der Linken für den Posten der Präsidentschaft herbeizuführen. Es heißt, daß Poincaré einen starken Druck auf Doumergue ausübe, um ihn zu veranlassen, nicht vor der Vollversammlung der Linken aufzutreten, sondern als „unabhängiger" Präsidentschaftskandidat nach Versailles zu gehen. Bekanntlich ist Poincaré selber seinerzeit auf diese Weise mit Hilfe der Rechten gewählt worden, nachdem die Linke gegen ihn Herrn Pams aufgestellt hatte.

Millerands Botschaft.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 10. Juni (1.40 Uhr).

Um 1½ Uhr traten die Minister noch einmal unter dem Vorsitz Millerands im Elysee zu einem Ministerrat zusammen, um den endgültigen Wortlaut der Botschaft des Präsidenten Millerand und der Erklärung der Regierung festzulegen.